



Alexander Plaikner (Uni Innsbruck), Josef Margreiter (Lebensraum Tirol Holding), Alois Rainer (WK-Fachgruppenobmann Gastronomie), (v.l.). Foto: Lechner

Initiative für Erhalt von Wirtshäusern

Mit der Initiative „#du fehlst – Tiroler Wirtshäuser suchen DICH“ soll das Wirtshaussterben in Tirol gestoppt werden.

Innsbruck – Seit zwei Jahren gibt es die Forschungsinitiative „Gasthaussterben in Tirol“ der Uni Innsbruck und der UMIT Tirol. Zudem arbeiten unter der Federführung der Lebensraum Tirol Holding die Wirtschaftskammer Tirol (WK), die Standortagentur Tirol sowie die Tirol Werbung mit der Initiative „#du fehlst – Tiroler Wirtshäuser suchen DICH“ an der Bewusstseinsbildung für den Wert der Tiroler Wirtshauskultur. Das Ziel: Heimische Traditionswirtshäuser sollen erhalten blei-

men bzw. Neueröffnungen. „Nach der Devise ‚Essenseit ist Lebenszeit‘ entfaltet sich unsere Lebenskultur mit ihren kulinarischen und sozialen Elementen in den gastlichen Stuben auf besondere Art“, betonte Josef Margreiter, Geschäftsführer der Lebensraum Tirol Holding, auf der gestrigen Pressekonferenz. Die Tirol Werbung soll deshalb das Bewusstsein für den Erhalt dieser wertvollen Familienbetriebe verstärken. Alois Rainer, Fachgruppenobmann Gastronomie der WK Tirol, hob auch die wirtschaftliche Bedeutung der Tiroler Wirtshäuser hervor. „Sie spielen auch eine bedeutende Rolle für die heimische Landwirtschaft, Bauern als Produzenten und Wirte als Veredler ergänzen sich perfekt“, so Rainer.

„Wir wollen eine breite Öffentlichkeit für das Fehlen der Wirtshäuser sensibilisieren.“

Josef Margreiter
(Lebensraum Tirol Holding)

ben und stillgelegte reaktiviert werden. Bestehende Leerstände wurden erhoben und Förder- und Beratungsstellen installiert. Nun startet eine Aktivierungskampagne, welche die Probleme, aber auch Lösungswege aufzeigen soll.

Neben werbewirksamen Aktionen wie dem „Verpacken“ von leer stehenden Gasthäusern setzt die Initiative auf intensive Beratung, auch hinsichtlich möglicher Förderungen, und die Unterstützung durch die Standortagentur Tirol bei Übernah-

Einfach nur Gasthaus zu sein, reiche heute aber nicht mehr, so Studienleiter Alexander Plaikner. Der gesellschaftliche Wandel habe große Auswirkungen. „Deshalb ist es wichtig, mit Wirten bzw. Übernehmern einen Diskurs über Innovation in KMU zu führen“, so Plaikner. Der Gasthaus-Erhalt werde auch erschwert durch komplexe Übernahmeprozesse mit risikoreichen Investitionskosten, den Fachkräftemangel und den Wunsch nach flexibleren Arbeitszeiten. Hier gelte es, flexible Lösungen zu finden. (hu)

Im Kalser Bahnstreit geht es um 5,7 Millionen Euro

In der Affäre zwischen Osttirol Invest und Schultz um die Kalser Lifts ist kein Ende in Sicht. Es geht um bis zu 5,7 Millionen Euro Steuergeld.

Von Max Strozi

Kals – Die Causa rund um den Ausstieg der Osttirol Investment Gesellschaft (OIG), die hauptsächlich dem Land Tirol und dem Bund gehört, aus den Kalser Bergbahnen der Schultz-Gruppe hat sich zur unendlichen Geschichte entwickelt. 2008 hatte die OIG mit sechs Mio. Euro Steuergeld 25 Prozent der Bergbahnen übernommen. 2018 gab die OIG ihren Anteil an Schultz ab, ohne dass der Liftunternehmer dem Land dafür Geld überwies. Warum die OIG-Anteile überhaupt an Schultz übertragen wurden, ohne dass gleichzeitig Geld floss, ist seither nicht nur für Markus Sint (Liste Fritz) ein Rätsel, der die Vorgänge immer wieder scharf kritisierte.

Seit dem Ausstieg wird jedenfalls um den Verkaufspreis gestritten. Denn obwohl bereits 2008 in einem Notariatsakt angeblich detailliert die Ausstiegsbedingungen festgehalten wurden, brachte ein Schiedsgutachten im November 2020 zwei unterschiedliche Preise: einmal 2,5 Millionen Euro und einmal 5,7 Millionen Euro, wie LA Anton Mattle (ÖVP) – er ist seit Kurzem Wirtschaftslandesrat und damit für Beteiligungen zuständig – in seiner aktuellen Antwort auf eine Anfrage von LA Sint ausführt.

Die OIG will von Schultz 5,7 Mio. Euro, Schultz weigert sich aber zu zahlen, weil er das Ergebnis des Gutachtens als grob unbillig betrachtet. Daher steht immer noch eine Klage im Raum, um das Geld einzutreiben. „Einen genau-



2008 stieg die Osttirol Invest bei den Kalser Bergbahnen des Liftunternehmers Schultz ein. 2018 gab sie die Anteile an Schultz ab, ohne dass gleichzeitig dafür Geld floss. Seither wird um den Preis gestritten. Foto: Oblasser

en Zeitpunkt oder auch einen groben Zeitpunkt für eine Einigung bzw. Zahlung zu nennen, ist nicht möglich bzw. wäre unseriös, da dies von der Zahlungsbereitschaft der HS-Beteiligungen (Schultz, Anm.) sowie der Dauer eines etwaigen Prozesses abhängt“, erklärt Mattle in seiner schriftlichen Antwort an Sint. Der Streit mit Schultz ist schon ziemlich ins Geld gegangen. Die OIG musste für Anwalt, Wirtschaftstreuhänder und Gutachten bisher 139.000 Euro zahlen.

„Es war offensichtlich ein Fehler, dass die Anteile an den Schultz-Konzern zurückgegeben wurden, bevor das



Foto: Böhm

„Es war ein Fehler, dass die Anteile an den Schultz-Konzern zurückgegeben wurden, bevor das Steuergeld wieder am Konto war.“

Markus Sint
(Liste Fritz)

Steuergeld wieder am Konto war“, betont Sint: „Denn für den Tiroler Steuerzahler geht

es um eine Summe zwischen 2,5 und 5,7 Millionen Euro.“ Der Millionenstreit sei eine „Watschn“ für die Steuerzahler, die die ÖVP-Politik zu verantworten habe, meint der Liste-Fritz-Mandatar. „Sie hat den Deal damals eingefädelt. Angeblich ist der Vertrag eindeutig, trotzdem gibt es seit dem Ausstieg im Jahr 2018 Streit um den Abtretungspreis.“ Ausbaden müsse dies nun der Steuerzahler: „Inzwischen sind für die OIG durch Anwälte und Gutachten schon 139.000 Euro an Kosten entstanden. Und das ganze Steuergeld fehlt, um in Osttirol andere Projekte zu unterstützen.“

Verurteilung nach IT-Attacke

Wien – Im Zusammenhang mit einem Ransomware-Angriff auf ein bekanntes Wiener Unternehmen, der mit einer Zahlungsaufforderung in Höhe von umgerechnet 3,7 Millionen Euro verbunden war, ist ein junger IT-Techniker am Montag am Wiener Landesgericht wegen Datenbeschädigung und Erpressung zu 18 Monaten Haft verurteilt worden. Dem bisher Unbe-

scholtenen, der zum Tatzeitpunkt 19 Jahre alt war, wurde die Strafe unter Setzung einer dreijährigen Probezeit bedingt nachgesehen. Das Computersystem des Betriebs, der jährlich mehrere 100 Mio. Euro Umsatz macht, wurde Mitte Juli 2019 lahmgelegt. Verschlüsselungssoftware habe er keine verwendet, sagte der Angeklagte. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. (APA)



Illegale Vermietung vor Gericht

Seit Einführung der Airbnb-Registrierungspflicht im Vorjahr sind elf Fälle von illegaler touristischer Wohnungsvermietung in Salzburg vor dem Landesverwaltungsgericht gelandet. In zehn Fällen wurde gestraft. Foto: imago

Kurzmeldungen

Ölpreise sinken weiter

Singapur – Die Ölpreise sind am Montag gesunken und haben damit an die Verluste vom vergangenen Freitag angeknüpft. Die Ölpreise standen damit bereits den dritten Handelstag in Folge unter Druck. Als Ursache gilt am Markt die Sorge vor einer weiteren Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus und damit verbundenen Einschränkungen. (dpa)



Der Preis für Rohöl sank zu Handelsbeginn auf 69,7 Dollar. Foto: imago

Gegenwind für Giphy-Kauf

London – Facebook bekommt bei den Plänen zur Übernahme der Clip-Plattform Giphy Gegenwind aus London. Die britische Kartellbehörde CMA kam in ihrem vorläufigen Bericht zu dem Schluss, dass der Deal den Wettbewerb zwischen Online-Plattformen ohne Giphy Bilder schwächen würde. (dpa)

Japans Wirtschaft ist gewachsen

Tokio – Japans Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2021 wieder leicht gewachsen. Wie die Regierung bekannt gab, stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt auf das Jahr hochgerechnet um 1,3 Prozent. Im ersten Quartal hatte es noch einen Rückgang gegeben. (dpa)

Fleischproduktion gesunken

Wiesbaden – Schlachtbetriebe in Deutschland haben bis Juni 2021 erneut weniger (-1,7 Prozent) Fleisch produziert als im Vorjahreszeitraum. Insgesamt wurden 28,3 Mio. Schweine, Rinder, Schafe, Ziegen und Pferde geschlachtet. Inklusive Geflügel ergab das 3,8 Mio. Tonnen Fleisch. (dpa)

Kaum mehr Gratiskonten

Berlin – Die Suche nach einem kostenlosen Girokonto ohne Bedingungen wird laut Stiftung Warentest zunehmend schwieriger. Bei einer Auswertung von 380 Modellen von 152 Banken fanden die Tester 14 Konten, die ohne Bedingungen kostenlos waren. Vor einem Jahr waren es noch 20. (dpa)